

Laibacher Zeitung.



Nr. 121.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dinstag, 1. Juni.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Mai d. J. den Oberbaurathen Karl Ritter v. Lasser und Johann Wavra in Anerkennung ihrer vieljährigen, eifrigen und vorzüglichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben den Titular-Sectionsrath im Ministerium des Innern Georg Freih. Haller v. Hallerstein zum wirklichen Sectionsrath im Ministerrathspräsidentium allergnädigst zu ernennen geruht. Auersperg m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Mai d. J. dem Stellvertreter des Oberbauleiters der Donau-Regulierungs-Commission, Baurath Johann Borkowiz den Titel und Charakter eines Oberbaurathes mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht. Lasser m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Mai d. J. dem Rechnungsrathe im Finanzministerium Franz Amon, anlässlich der über sein Ansuchen stattfindenden Veretzung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner langen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung tagfrei den Titel und Charakter eines Oberrechnungsrathes allergnädigst zu verleihen geruht. Pretis m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Mai d. J. dem an der Staatsrealschule in Triest in Verwendung stehenden Lehrgeschulthehrer Karl Krauß in Anerkennung seines vieljährigen, eifrigen und ersprießlichen Wirkens im Lehramte das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Die Sauregurkenzeit bringt in der Regel auch Erzeugnisse müßiger Stunden auf den Markt. In den zuletzt abgewichenen Tagen servierte man dem lesenden Publicum Gerichte über eine angeblich nahebedrohende Personalveränderung in den Spitzen des Reichskriegsministeriums. Bei Colportierung derartiger Sensationsnachrichten schlägt man in der Saison morte auf ein allzu empfängliches Ohr.

Feuilleton.

Lucy Gray.

Novelle von Walter Stahl.

(Fortsetzung.)

„Madame — Mrs. Gray!“ begann die alte Dienerin, bei welcher die erstere ein Asyl gefunden.
„Still, Jane,“ erwiderte Mrs. Gray, „nicht diesen Namen — nenne mich nicht bei diesem Namen.“
„Und warum nicht? — sollte man Ihnen auch den Streitig machen wollen — Ihren geschlichen Namen? es ist eine Schande.“
„D, nicht doch, Jane — sage nichts mehr davon — mein Gatte ist todt und ich will nichts hören, das einen Schatten auf sein Andenken werfen könnte.“
„D, ich glaube auch nicht, daß er daran schuld gewesen ist,“ sagte Jane. „Ich habe als Mädchen und als Frau lange Jahre in Mr. Gray's Hause gelebt und er, der so gut gegen meine arme verlassene Mutter und mich gewesen ist, konnte nie so etwas thun! Es ist von anderen ausgegangen — ein schändliches Complot, das gegen Sie geschmiedet worden ist.“
„Er glaubte an meine Unschuld,“ fiel Mrs. Gray ein, „es waren dies seine letzten Worte.“
„Gott segne ihn dafür! Mr. Gray hatte seine Fehler, doch war er ein guter, freundlicher Herr und wurde nie fähig gewesen sein, länger einen Zweifel gegen Sie zu hegen — Sie, Madame, die Sie sein Stolz und seine Freude gewesen sind.“

Die „Presse“ tritt diesen unbegründeten Ausstreunungen an leitender Stelle in folgendem entgegen: „Wir haben bereits wiederholt erwähnt, daß nach unseren Informationen alle über den Rücktritt des Freiherrn von Koller in Umlauf gesetzten Gerüchte unbegründet sind. Eine unbefangene objective Beurtheilung der Verhältnisse müßte übrigens schon von vorneherein zu dieser Richtigstellung der Krisisente führen. Unser gesamtes Heerwesen befindet sich im Stadium einer weitumfassenden Reorganisation, die erst zum geringeren Theile vollständig abgeschlossen ist. Viele wichtige Partien der großen Heeresreform aber, wenn auch schon vor Jahren in Angriff genommen, wollen erst vollendet werden, wenn sie auch ihrem befriedigenden Abschlusse schon ziemlich nahe gerückt sind. Andere nicht minder wichtige Fragen, wie die Beförderungsvorschrift, die Organisation des Generalstabs und die Umgestaltung des Geschützwesens, harren erst einer, wenn auch nahen Lösung. Diese Thatsachen allein müssen schon die Ueberzeugung nahelegen, daß ohne die allerwichtigsten und triftigsten Gründe jetzt gar kein Wechsel in der obersten Leitung der Heeresverwaltung eintreten kann und darf. Die wichtigen Organisationsarbeiten müssen in einer kundigen und energischen Hand, die sich mit der betreffenden Materie bereits gründlich vertraut gemacht hat, auch fernerhin vereint bleiben, wenn sie zu einem befriedigenden Abschlusse gelangen und damit die Wehrkraft des Reiches endlich auf jenen hohen Grad der Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit gebracht werden soll, den die Steuerträger für ihre schweren Opfer zu fordern berechtigt sind, und der die Wiedererlangung unserer alten Machtstellung unter den Großstaaten des Continents vor allem verbürgt.“

Nun liegen aber solche wichtige und triftige Gründe Freiherrn v. Koller gegenüber wahrlich nicht vor. General v. Koller hat sich, gleichwie früher als Statthalter in Böhmen, auch während seiner bisherigen kurzen Thätigkeit als Kriegsminister als ein thatkräftiger und umsichtiger, dabei aber wohlwollender Mann erwiesen, der stets bemüht war, das Wohl der Armee auf jede mögliche Weise zu fördern und die Organisation derselben in ihrer Wesenheit aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln. Wenn die Ausführung seiner Intentionen vielleicht nicht immer von Erfolg begleitet war, so ist denn doch zu bedenken, daß der Minister wol für alles der Krone und dem Parlamente verantwortlich bleiben muß, ihm aber nicht jeder einzelne Verstoß zur Last gelegt werden darf, dessen öftere Wiederkehr übrigens durch die Heranziehung bewährter, mit den Armeeverhältnissen innig vertrauter Männer auf maßgebende Posten leicht vermieden werden könne. Auf keinen Fall aber darf es in Oesterreich dahin kommen, daß wegen derartiger einzelner Mißgriffe, mögen sie von der Armee für den Augenblick noch so bitter empfunden werden, man Ministerkrise künstlich schafft, dadurch die endliche Befestigung

unserer Armeeeinrichtungen immer wieder in Frage stellt und unseren künftigen Gegnern mächtig Vorschub leistet.

Dieses Spiel ist ein umso unverantwortlicheres, als man gerade jetzt die öffentliche Meinung inbetreff der Heeresverwaltung nicht aufregen und nicht irreführen sollte in einem Zeitpunkte, in dem es mehr als wahrscheinlich ist, daß auch bei aller Berücksichtigung der ungünstigen finanziellen Lage und der erschütterten Steuerkraft in beiden Reichshälften an die Delegationen doch erhöhte Forderungen im Interesse der Wehrkraft des Reiches werden gestellt werden müssen. Die parlamentarischen Vertreter von Oesterreich-Ungarn müssen, wenn an ihre patriotische Opferwilligkeit und an die Opferwilligkeit der Steuerträger mit Erfolg appelliert werden soll, auch die unerschütterliche Ueberzeugung gewinnen können, daß die Mittel, deren Bewilligung man von ihnen fordert, von dem rechten Manne und in der rechten Weise verwendet werden. Nichts wäre aber dieses sichere Vertrauen leichter zu zerstören geeignet, als ein Personenwechsel im Reichskriegsministerium und die hierdurch wachgerufene Meinung, daß bei der Besetzung eines so wichtigen, mit solcher Verantwortlichkeit verbundenen Postens nicht ein fest und beharrlich verfolgtes System, sondern rasch wechselnde Einflüsse die einzig und allein maßgebende Richtschnur seien.“

Die neue Partei.

Die „Frankfurter Zeitung“ bespricht unter anderem auch die Gründung einer katholischen Reichspartei in Oesterreich.

„Das Schreckbild — so schreibt das Organ der süddeutschen Demokratie — welches dieser Tage das große rheinische Blatt, das von Zeit zu Zeit den Oesterreichern Ueberraschungen zu bereiten berufen erscheint, dem gegenwärtigen Regiment in Wien vorhielt, indem es Cardinal Rauscher als Einiger und Führer sämtlicher oppositionellen Elemente Oesterreichs hinstellte, wird weder das Cabinet Auersperg noch den österreichischen Reichsanzler geschreckt haben. Es ist im Grunde gleichgültig, ob der Cardinal bei den ihm zugeschriebenen Bestrebungen mehr als die bloße Festigung katholischer kirchlicher Gesinnung zu erreichen beabsichtigt, ob er für den staatlichen Absolutismus oder für den constitutionellen Staat begeistert ist — die wichtigste Frage ist, ob die „kath. Reichspartei,“ welche Cardinal Rauscher zu gründen bemüht ist, oder nach anderen Nachrichten bereits gebildet hat, Aussicht hat in der nächsten Zeit in Wien an das Ruder zu kommen. Wir können die Fabel von der Vereinigung aller oppositionellen Parteien ruhig auf sich beruhen lassen. Ist es bisher nicht gelungen, die nationalen und liberalen Gegner des gegenwärtigen Systems dauernd mit Erfolg unter der Fahne des Föderalismus

Mrs. Gray antwortete nicht. Sie lag zurückgelehnt gegen das Polster des Stuhles; eine momentane Bewegung des Kopfes brachte das reiche, hellbraune Haar nach vorn, so daß das Gesicht fast dadurch verdeckt wurde; nur die großen, traurigen Augen blickten die Sprecherin an, doch schloß sie sie gleich wieder, als wolle sie Leben und Bewußtsein für immer ausschließen.

Das Zimmer, in welchem die Dame sich befand und welches der Zufluchtsort des armen, heimatlosen Weibes in der Nacht nach ihres Gatten Tode gewesen, war äußerst ärmlich ausgestattet, jedoch herrschte eine unendliche Sauberkeit darin. Der alte Armstuhl, in dem Mrs. Gray bleich und erschöpft und dennoch durch ein innerliches Fieber aufrecht erhalten, saß, war nahe an das Feuer herangezogen.

„Mr. Morton kommt nicht,“ begann die Dame; „sollte er mir selbst das verweigern wollen?“
„Es war mir, als hörte ich soeben etwas auf der Treppe,“ entgegnete Jane; „ich will hinaus gehen, vielleicht ist er es.“

Die alte Dienerin war bei diesen Worten hinaus geeilt und kehrte sogleich mit der Meldung zurück, daß es allerdings Mr. Morton sei, denn sie habe gehört wie er gefragt, ob Trevor hier wohne.

„Ich werde so lange aus dem Zimmer gehen, um hier nicht zu stören, Madame,“ fügte sie hinzu.

Im selben Augenblick, da die Alte durch die eine Thür ging, trat durch eine andere Mr. Morton ein. Unfähig sogleich zu sprechen, streckte Mrs. Gray dem alten Manne nur ihre Arme wie bittend entgegen. Der letztere blickte auf sie und nachdem er seine Blicke auch im Zimmer hatte umherschweifen lassen, schien die Er-

innerung dessen, was ihr zum Vorwurf gemacht worden, sein Herz ein wenig zu erhärten.“

„Sie haben nach mir gesandt, Madame,“ hob er an.
„Mein Kind,“ hauchte sie, „wo ist es?“

Es lag so etwas Wildes in ihrer ganzen Weise, daß es kaum wie Kummer aussah, vielmehr schien es, als wolle sie alles wagen, bevor sie den mindesten Theil eines Anrechtes aufgab.

„Wo ist Amy?“ wiederholte sie leidenschaftlich.
„Sie haben kein Recht, sie mir vorzuenthalten — und Sie sollen es auch nicht! Geben Sie sie mir zurück.“

„Es scheint mir, als ob eine Erklärung über diesen Punkt nothwendig ist,“ entgegnete Mr. Morton, der sich trotz seines Gerechtigkeitsgefühls eines gewissen Vorurtheils, welches die Beschuldigungen gegen sie, die man in seine Ohren geflüstert, hervorgerufen, nicht erwehren konnte.

„Welcher Erklärung bedarf es?“ fragte Mrs. Gray.
„Ich verlange mein Kind wieder — meine Schwester.“

„Sie wissen, daß das Kind kurz vor dem Tode Ihres Vaters von meinem Neffen rechtmäßig adoptiert wurde.“

„Das weiß ich.“

„Es hatte niemand anders ein Recht über sie —“

„Ich hatte ein Recht,“ unterbrach ihn Mrs. Gray, „sie gehörte mir!“

„Jedenfalls,“ fuhr Mr. Morton durch ihren leidenschaftlichen Ton härter werdend fort, „ist Ihnen durch den letzten Willen Ihrer Mannes das Kind genommen worden.“

„D, nein, nein!“ schrie sie. „Alles, alles, nur das nicht!“

zu einigen, so wird dieses noch viel weniger möglich sein, wenn ultramontaner Centralismus die gemeinsame Parole sein soll. Wenn es möglich, ja sogar wahrscheinlich ist, wie wir jüngst nachgewiesen zu haben glauben, daß ein Theil der bisher unversöhnlichen Feudalen mit Centralisten vom Schlage des wiener Erzbischofs zu einer neuen Partei zusammenzutreten bereit ist, so müssen wir doch die Behauptung als völlig erfunden und unbegründet zurückweisen, daß auch Jungcechen, Jungslowenen und Demokraten für die Interessen der katholischen Kirche begeistert eintreten könnten. Die Thatsache, daß Ultramontane und Feudale in dem Haffe, welchen sie gegen den Liberalismus im allgemeinen und gegen Preußen im besondern hegen, ein Bindemittel finden, gilt in keiner Weise für die nationale und radicale Opposition.

„Und von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Bildung und die zu erlangende Stellung einer großen katholischen Partei, wie sie nach den Meldungen unserer Kulturkämpfer im Werden sein soll, ist die Thatsache, daß die ungarischen Bischöfe an dem gegenwärtigen politischen System mit Entschiedenheit festhalten. Das Organ derselben hat dieser Tage in unzweideutiger Weise darauf hingewiesen, daß man, wenn man die Erstarkung des Katholicismus in Ungarn wünsche, auch ein starkes Ungarn haben müsse, daher eine Opposition gegen die Regierung nicht erlaubt sei, so lange diese im Interesse des Staates und zum Wohle des Landes handle. Selbst der Führer der Rechten hat in einer Schlußconferenz seiner Partei in bestimmter Form den Vorwurf, daß er und seine Freunde eine reactionäre oder confessionelle Politik verfolgen, zurückgewiesen.“

Telegraphische Landtagsberichte

vom 28. Mai.

Dalmatien. Der Landtagspräsident theilt ein ihm von Sr. Majestät während der Sitzung zugekommenes Telegramm mit, wonach Sr. Majestät der Kaiser den Inhalt des Telegrammes des Landtagspräsidentiums vom 26. d. M. zur wohlgefälligen Kenntnis genommen haben und den Präsidenten ersuchen, dem versammelten Landtage für die lokale Kundgebung den Allerhöchsten Dank bekanntzugeben. — Diese Mittheilung wurde von den Mitgliedern des Landtages stehend und mit begeisterten wiederholten Hochrufen empfangen. — Die Regierung bringt eine Vorlage ein betreffs der Vertheilung kulturfähiger Gemeindegründe. Die Vorlage des Landesauschusses betreffs Theilung der gegenwärtigen Gemeinde Rnin in zwei Gemeinden wird einem eigenen Comité überwiesen. Ferner werden mehrere Bittgesuche erledigt und der Rechnungsabschluß der Landesstiftungen genehmigt.

Galizien. Das Propinationsgesetz so wie die Vorlage über die Regelung der Bergindustrie Galiziens wurden in dritter Lesung angenommen. Der Voranschlag des Landesfonds wurde nach den Anträgen des Budgetauschusses genehmigt und die Einhebung einer Umlage von vierunddreißig Kreuzern beschlossen.

Ungeachtet des Widerspruchs der polnischen Abgeordneten gelangt eine Zuschrift der Bauern und Ruthenen zur Verlesung, in welcher dieselben erklären, daß sie deshalb an der Verathung und Beschließung des Propinationsgesetzes nicht theilnahmen, weil sie mit den Principien des Gesetzes nicht einverstanden seien. Die Unterzeichneten eruchen schließlich, ihre Verwahrung in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen. Da dies jedoch der Geschäftsordnung zuwiderläuft, so läßt der Vorsitzende dar-

über abstimmen, ob der Landtag die Erklärung der Opposition einfach zur Kenntnis nehmen wolle, worüber sich eine geringe Majorität erst bei der namentlichen Abstimmung verneinend ausspricht.

Vom 29. Mai.

Galizien. Eine Zuschrift des Vorstandes des jungruthenischen Vereines „Proswita“ wurde verlesen, in welcher derselbe auf die dem Vereine vom Landtage bewilligte Subvention verzichtet. Das Gesetz über Maßregeln zur Hintanhaltung der Trunkenheit wurde en bloc angenommen.

Der Landtag beschließt hierauf eine Resolution, wodurch die Regierung aufgefordert wird, auf eine den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes entsprechende Regelung der Tarife der galizischen Eisenbahnen so wie auf eine Fusion der Albrechts-Dniester- und Przemysl-Luplower Eisenbahn hinzuwirken, jedoch einer Vereinigung der Karl-Ludwig-Bahn mit den kleineren galizischen Bahnen entgegenzuwirken. Die Anträge des Rechtsausschusses, die neue Eintheilung der Gerichtsbezirke in Galizien betreffend, wurden angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde beschlossen, die Regierung zur Einführung der polnischen Rechtsgeschichte als obligaten Prüfungsgegenstand an der Landesuniversität aufzufordern. Der Antrag des Unterrichtsausschusses wegen Regelung der Rechtsverhältnisse der Religionslehrer an Volksschulen wurde angenommen. Die Anträge der ruthenischen Abgeordneten betreffs größerer Pflege des deutschen Sprachunterrichtes an den Landes- und Errichtung gewisser Fachschulen wurden dem Landesauschusse zur Begutachtung und Berichterstattung in der nächsten Session zugewiesen. Der Landtag wurde sodann unter dreimaligem Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser geschlossen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 31. Mai.

Der „Pester Lloyd“ meldet: „Se. Majestät hat auf Grund der Vorlage des Ministeriums mit Entschließung vom 25. d. angeordnet, daß der nächste ungarische Reichstag für den 28. August d. J. einberufen werde. Das hierauf bezügliche königliche Handschreiben wird am 1. Juni an die Municipien versandt werden, doch fordert der Minister des Innern dieselben bereits jetzt auf, dieses königliche Handschreiben zwischen dem 5. und 8. Juni zu publicieren. Hier dürfte dasselbe bereits in der am 2. Juni stattfindenden Generalversammlung des hauptstädtischen Municipiums zur Publication gelangen.“ — Am 29. d. M. wurden in Budapest in einem mehrstündigen Ministerrathe, dem auch Hofrath v. Schwegel beiwohnte, verschiedene Zollangelegenheiten und namentlich die mit Rumänien abzuschließende Zollconvention besprochen. Diesen Verathungen werden gemeinsame Conferenzen in Wien folgen.

Der Banus theilte in dem am 28. d. M. stattgefundenen Landtagsitzung mit, daß die Gesetzartikel über Abänderung der Strafprozeßordnung, über den Gebrauch der Presse, über die Zusammensetzung der Geschwornenlisten für Preßgerichte, über Aufhebung der Kettenstrafe und über die bedingte Beurlaubung der Sträflinge von Sr. Majestät dem Kaiser sanctioniert seien.

Die Generalversammlung des deutschen Handelstages hat eine Resolution angenommen, welche sich gegenüber dem Beschlusse der Reichstags-Justizcommission entschieden für die Beibehaltung besonderer Handelsgерichte ausspricht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ begrüßt den Besuch des Königs von Schweden in Berlin mit folgenden Worten: „Es ist kein ehrgeiziges Streben, welches den König von Schweden in die Hauptstadt des deutschen Reiches führt. Die politische Bedeutung des hohen und herzlich willkommenen Besuches besteht in erster Linie in der Manifestierung eines aufrichtigen Freundschaftsverhältnisses zu Deutschland, sowie in dem davon unzertrennlichen Beitritt zu der Politik des Drei-Kaiserbundes, welche der unerschütterliche Schwerpunkt der politischen Verhältnisse in Europa geworden ist und sich als solcher, jeden anderen Einfluß ausschließend, erst in jüngster Zeit wieder bewährt hat. Der Beitritt Schwedens zu diesem Friedensbunde soll später durch einen Besuch in St. Petersburg noch ausdrücklich bekräftigt werden und er empfängt einen nicht geringen Werth durch die freundschaftlichen Beziehungen, welche Schweden mit Dänemark verknüpfen und welche soeben in Kopenhagen ihre feierliche Bestätigung gefunden haben. In diesem Sinne geleitet das Volk von Schweden und Norwegen mit den besten Wünschen sein Königspaar.“

Der nach dem vor kurzem erfolgten Schluß des dänischen Reichstages zur Begutachtung schwerwiegender Fragen in Thätigkeit gebliebene Ausschuß des Folkethings hat in Form einer Tagesordnung die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung, falls sich die Aussicht für die Errichtung eines Schiedsgerichtes für internationale Streitigkeiten zeigen sollte, sich diesem Bestreben anschließen werde. Vorläufig ist dergleichen eine Utopie.

Die Verfassungscommission in Versailles hörte am 29. d. M. die Minister Buffet und Dufaure an, welche jeder wesentlichen Abänderung des Gesetzes betreffend die öffentlichen Gewalten kategorisch entgegentraten, indem sie dabei die Nothwendigkeit einer starken Regierungsgewalt hervorhoben, welche die Ordnung und Stabilität sichern könne, und das von Mitgliedern der Linken verfolgte Princip der Permanenz der Nationalversammlung nicht anzunehmen erklärten. Buffet insbesondere erklärte, die Regierung werde in sehr energischer Weise darauf bestehen, daß die der Executivgewalt eingeräumten Befugnisse nicht geschnitten werden. Bloss inbetreff des Rechtes der Kriegs- und Friedensklärung sei die Regierung bereit, von der Commission für zweckmäßig erachtete Concessionen zu machen. Die Minister glauben indes, daß eine wirkliche Garantie inbetreff dieses Punktes in der Ministerverantwortlichkeit gelegen sei. — Es ist nun zweifellos, daß das Ministerium bleibt und die Scrutiniummethode annimmt. — Die Commission für die Bilanz 1876 hat ihre Sitzungen begonnen und wird ihren Bericht Ende Juni vorlegen.

Ueber die schon längere Zeit im Zuge befindliche Justizreform in den westlichen Gouvernements von Russland erfährt die „Mosk. Ztg.“, daß die Frage über Einführung der Bezirksgerichte noch nicht endgiltig im Justizministerium entschieden sei.

Präsident Grant empfing die päpstliche Delegation. Der Führer sprach die Wünsche des Papstes für die Wohlfahrt des amerikanischen Volkes aus.

Tagesneuigkeiten.

Eisenbahnwesen.

Vom 1. k. Handelsministerium ist ein Erlaß über das Bonificationswesen an die Bahnverwaltungen ergangen, welchem folgende wesentliche Punkte zu entnehmen sind:

Es lag ein so tiefer Schmerz in diesem Ausdruck, der seine Wirkung nicht verfehlen konnte und in Mr. Mortons Blick lag in dem Augenblick ein milderer Ausdruck.

„Es steht so geschrieben.“

„Es kann nicht sein! Er glaubte mir ja und würde mir mein Kind zurückgegeben haben! Kein Mensch auf Erden hat ein Recht, sie mir vorzuenthalten. Sagen Sie mir, wo ist sie, damit ich zu ihr gehen kann.“

„Ihre Hestigkeit ist durchaus nicht am Plage, Madame,“ war Mr. Mortons Entgegnung; „sie trägt dazu bei, auch den Vorurtheilfreiesten gegen Sie einzunehmen.“

„Hestigkeit! Ist es möglich, ruhig zu sein, wenn einem das Herz zerrissen wird? Sie, mein Herr, nennt man einen ehrlichen und aufrichtigen Mann — o quälen Sie mich nicht in so furchtbarer Weise — geben Sie mir das Kind zurück!“

„Das liegt außerhalb meiner Macht, Madame, der letzte Wille Ihres Gatten verbietet es ausdrücklich.“

„Dann will ich dieses Testament angreifen, denn es ist ein grausames und ungerechtes, mein Gatte würde es widerrufen haben, wenn Zeit dazu gewesen wäre.“

„O, Madame, ehren Sie wenigstens das Andenken Ihres Gatten und schonen Sie Ihren Ruf.“

„Ich will aber meine Schwester haben, es gibt kein Gesetz, durch welches sie mir vorenthalten werden könnte.“

„Hören Sie mich, Mrs. Gray,“ sagte Mr. Morton die Dame durch eine Handbewegung zum Sitzen nöthigend. „Ich nähre keine harten Gefühle gegen Sie, doch wünsche ich Gerechtigkeit gegen einen jeden zu üben. Ihr

Gatte hat das Testament gemacht, in dem Glauben recht zu handeln, indem er Sie für immer ausschloß.“

„Aber er wußte ja, daß er betrogen war — er glaubte vor seinem Dahinscheiden an meine Unschuld!“

„Das wissen wir leider nicht, Madame. Jedensfalls ist das Testament gemacht und Sie können nichts daran ändern. Ihr Ruf hat bis jetzt durch keinerlei Gerücht gelitten, deshalb thun Sie am besten, sich ganz ruhig zu verhalten, denn sobald Sie vor Gericht gehen, um das Testament anzusechten, muß die ganze Sache entschleiert werden.“

„Aber es ist nichts zu entschleiern, die Anklage war falsch!“

„Können Sie das beweisen? Geben Sie Gott, daß Sie dazu imstande sein möchten!“

„Beweisen!“ wiederholte Mrs. Gray wie halb abweisend. „Ueberzeugte ich nicht meinen Gatten auf seinem Sterbebette?“

„Haben Sie nichts anderes aufzuweisen, Madame?“

„Was könnte ich haben?“

„Dann sind Sie in der That bedauernswerth!“

„Ich weiß nicht, was Sie meinen!“ rief Mrs. Gray aufspringend, „doch wir verlieren hier nur Zeit, bringen Sie mich gleich zu meiner Schwester, denn ich sage Ihnen, daß es keinen Grund gibt, uns zu trennen.“

Mr. Morton blickte sie an, völlig rathlos und unfähig, eine Entscheidung zu treffen. Er fühlte Mitleid mit dem unbeschreiblichen Ausdruck der Angst in ihrem Gesicht und dennoch vermochte er sich nicht klar darüber zu werden, ob daraus der Schmerz eines leidenden mit Unrecht beschuldigten Weibes sprach, oder ob es die Verzweiflung der Reue war, gemischt mit einer unbeug-

samen Willenskraft allem zu trotzen und die Sache zu dem Abschluß zu bringen, auf den sie hingearbeitet hatte. Die Worte seines Neffen waren noch frisch in seiner Erinnerung — das Versprechen, welches er an dem Bette des sterbenden Mannes abgelegt, schonend mit ihr umzugehen; sie vor allen üblen Folgen ihres Fehltrittes zu schützen, falls sie schuldig sei und ihr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, falls sie je ihre Unschuld beweisen könne.

„Sie müssen mich anhören, Madame,“ hob der alte Mann endlich an. „Sie können unter keinen Umständen zu Ihrer Schwester gelangen, der letzte Wille Ihres Mannes verbietet Ihnen, sie je wieder zu sehen.“

Mrs. Gray hörte jetzt. Sie blickte ihn voll und groß an und schien ihn völlig zu verstehen, denn sie machte ihm ein Zeichen fortzufahren, als er zögerte. Sie stand vor ihm kalt und weiß und es war, als ob seine Worte sie langsam zu Marmor verwandelten.

„Dem Testamente ist indessen eine Clausel angehängt, durch welche Sie wieder in den Besitz des Reichthums gelangen können, wenn Sie zu beweisen vermögen, daß jene Anklagen falsch waren.“

„Und wer soll darüber entscheiden?“ fragte sie in einem eigenthümlichen Ton.

„Die Entscheidung ist mir übertragen worden. Mein Neffe hat sie als ein letztes Vermächtniß vor seinem Hinscheiden in meine Hände gelegt.“

„Und Sie wollen mir nicht glauben — Sie, den die Welt einen guten Mann nennt — weigern sich, dies zu thun?“

„Meine persönliche Ueberzeugung fällt hier nicht ins Gewicht, Madame. Der Beweis müßte so klar und

1. Bonificationen sind in der Regel nicht auf länger als auf die Dauer eines Jahres zu gewähren;
2. für die nicht über diese Dauer hinausreichenden Zugeständnisse bedarf es keiner vorherigen und fallweisen Regierungsgenehmigung;
3. dagegen sind allmonatlich alle den einzelnen Parteien gewährten Nachlässe oder Begünstigungen von den jeweilig bestehenden Gehührensätzen dem Handelsministerium anzuzeigen;
4. diese Monatsausweise sind mit der größtmöglichen Uebersichtlichkeit und Umständlichkeit (nach den vorgeschriebenen 13 Rubriken) zu führen;
5. zugleich ist monatlich bekannt zu geben, wann und wiewfern während des fraglichen Monats etwa eine Bonification vor Ablauf der concedierten Dauer widerrufen werde;
6. überdies sind Bonificationsbücher derart anzulegen, daß dieselben über alle maßgebenden Momente hinsichtlich sämtlicher Bonificationen eine klare Uebersicht gewähren;
7. die Bahnverwaltungen haben sich im allgemeinen streng gegenwärtig zu halten, daß nur für thatsächlich vortheilhafte Geschäfte Bonificationen gewährt werden dürfen, daher ein Herüberziehen von Transporten auf absolut unnatürliche Routen durch unverhältnismäßige Dpfer nicht gebilligt werden kann, und daß schließlich jede persönliche Bevorzugung bei Ertheilung von Bonificationen unbedingt unstatthaft ist, daher dieselben unter den gleichen sachlichen Bedingungen niemand verweigert werden dürfen.

— (Hermann-Denkmal.) Wie berliner Blätter melden, ließ der Fürst zu Lippe an alle deutschen Fürsten sowie an die Senate von Hamburg und Bremen Einladungen zur Einweihung des Hermann-Denkmal's ergehen.

— (Personalmachricht.) Se. Excellenz der Herr Minister des Innern Freih. v. Lasser tritt nächster Tage einen Urlaub an. Der Herr Minister begibt sich zunächst zur Kur nach Marienbad, wo er bis 4. Juli verbleibt.

— (Zum Bismarck-Attentat.) Die wiener Polizeibehörde hat die Photographie Wiesingers nach Berlin geschickt, ob man dort nicht etwa in ihm einen der Attentatsverdächtigen der letzten Zeit erkenne. Ueber einen Mitschuldigen hat Wiesinger bisher kein Geständnis gemacht.

— (Schwerverrathsprözeß.) Gegen die vor einigen Tagen wegen ihrer Theilnahme am marchegger Congresse verhafteten Arbeiter Hochreiter, Lederer und Kapella, sowie gegen den bereits wegen Religionsführung in Strahsthaft befindliche Dr. Taukschnig als Verfasser eines bei Hochreiter gefundenen Gedichtes wurde dem Vernehmen nach ein Schwerverrathsprözeß eingeleitet.

— (Vermissler Geschäftsgagent.) Der grazer Magistrat theilte der wiener Polizeidirection mit, daß der Geschäftsreisende des Schriftstellers Gustav Czrenner in Graz, der 24 Jahre alte Johann Hilscher, seit dem 8. d., an welchem Tage er im „Hotel Europe“ in Triest einlogiert war, verschollen ist und ihm ein Unglück zugestoßen sein dürfte. Im Besitze des Vermissten bestand sich ein werthvolles Musterbuch, das die Aufschrift „Gustav Czrenner“ in Goldlettern trug. Für die Ermittlung Hilschers ist eine Belohnung von 40 fl. zugesichert.

— (Zur Katastrophe in Judendorf.) Der grazer „Tagespost“ wird aus St. Stefan berichtet, daß der dortige Pfarrer, welcher bei der unglücklichen Katastrophe am 18ten d. M. vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde, seine Pfarre verlassen und in das Stift Rein sich zurückgezogen habe, um sich den Blicken jener zu entziehen, welche glauben, er habe in irgend einer Weise das Unglück mitverschuldet.

— (Elementarschäden.) Am 12. d. M. hat ein Hagelwetter, verbunden mit einem Wolkenbruche, großartige Verwüstungen auf Feldern und Wiesen in den steiermärkischen Steuergemeinden Anger, Eisenau und Schöffern angerichtet.

überzeugend für mich sein, als ob ich vor dem Forum des Rechtes zu entscheiden hätte. Bringen Sie mir diesen Beweis — überzeugen Sie mich, daß jene Briefe gefälscht waren und nennen Sie mir den Autor derselben — so sollen Sie in alle Ihre Rechte wieder eingesetzt werden.“

Sie senkte das Haupt auf die Brust nieder und presste ihre Hand gegen die Augen — sie wollte denken — irgend einen Schlüssel zu finden suchen — es war vergebens.

„Es ist alles aus!“ sagte sie endlich schauernd. „Das Einkommen, welches Ihnen von Rechtswegen als Witwe meines Neffen zukommt, wird regelmäßig dem Ausrufer werden,“ fuhr Mr. Norton, welcher aus dem Hause nur ein Echo der Reue herauszuhören glaubte, ruhig fort. „Es ist hinreichend, um Sie fast zu einer reichen Frau zu machen.“

„Und Sie glaubten wirklich, ich würde das nehm ich unterbrach sie ihn in einem Tone, der ihrem früheren Stolze gleich. „Ah, Sie müssen mich wahrlich für gefallen ansehen, wenn Sie so etwas vorzuschlagen wagen! Ich nehme es nicht an. Ich bedarf keines Geldes — was vermöchten jetzt selbst alle Schätze Indiens mir zu bieten?“

„Sie müssen aber leben, Madame —“
 „Nicht aber von Ihrer Gnade, mein Herr. Eher würde ich eines tausendfachen Todes sterben wollen! Ich werde keinen Pfennig seines Geldes anrühren, sondern mich durch meiner Hände Arbeit ernähren.“
 (Fortsetzung folgt.)

— (Erdbeben.) In Constantinopel eingelangte Details über das in den letzten Tagen in Klein-Asien stattgehabte Erdbeben bestätigen, daß durch dasselbe mehrere Dörfer vollständig zerstört wurden. Mehr als 2000 Menschen sind umgelommen.

— (Verkehr.) Das der hamburg-amerik. Packetfahrt-Aktiengesellschaft gehörende Postdampfschiff „Gellert“, Capitän Gebich, ging am 26. Mai von Hamburg via Havre nach New-York ab.

Locales.

Zur Unterrichtsfrage.

Der krainer Landtag votierte in seiner heutigen zwölften Sitzung ein Gesetz, betreffend den slovenischen Unterricht in der hiesigen Realschule. Die liberalen Kreise in Laibach hegen Zweifel, daß dem erwähnten Gesetze die Sanction der Krone zuheil werden wird, denn der Inhalt dieses Gesetzes verlegt die Satzungen des Staatsgrundgesetzes und beschränkt die Rechte der Eltern.

Gemeinderath Dr. Schaffer (Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses und der österreichischen Delegation) ergriff in der vorletzten Sitzung des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Laibach das Wort zur Stellung des folgenden Dringlichkeitsantrages:

Der löbl. Gemeinderath wolle beschließen: Es sei an das hohe k. k. Unterrichtsministerium eine Petition zu richten, daß das in der 12. Sitzung der letzten Landtagsession vom h. Landtag des Herzogthums Krain beschlossene Gesetz, betreffend den slovenischen Unterricht an der k. k. Oberrealschule in Laibach, nicht sanctioniert werde.“

SR. Dr. Schaffer begründete den vorstehenden Antrag in folgender Rede:

„Die Gefahr, daß das in Rede stehende Sprachzwangsgesetz neuesten Datums wirklich sanctioniert werden könnte, ist zwar glücklicherweise eine sehr geringe, denn das Gesetz steht in offenbarem Widerspruche mit dem bestehenden Reichsgesetze mit dem gerade von der Partei der Antragsteller im Landtage so oft angeführten Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, welcher jeden Zwang zur Erlernung einer Landessprache ausschließt. Von der gegenwärtigen Regierung dürfen wir aber mit aller Bestimmtheit annehmen, daß sie ein derartiges Gesetz niemals befürworten würde, sowie wir auch mit fester Zuversicht hoffen dürfen, daß die Krone ihm nie die Sanction ertheilen würde. Allein demungeachtet darf die Vertretung der Landeshauptstadt sich dem geplanten Ueberfalle gegenüber nicht schweigend verhalten, damit nicht künftig einmal ein solches Schweigen mißdeutet werden könnte einem Gesetze gegenüber, mit welchem sie aus so vielen und gewichtigen Gründen niemals einverstanden sein könnte. Bedenkt man, daß die Regierung seit dem Jahre 1868 im Landtage verschiedene, die Realschule betreffende Vorlagen eingebracht hat, die alle entweder abgelehnt oder ad acta gelegt wurden, so kann es doch nichts anderes als eine leere Demonstration sein, jetzt plötzlich mit einem Gesetze betreffend den Unterricht in der slovenischen Sprache zu kommen. Hält man es für nothwendig, die Verhältnisse an der Oberrealschule im legislatorischen Wege zu ordnen, nun so greife man auf die vorhandenen Vorlagen und nehme das ganze Werk in die Hand. Wozu statt eines planmäßigen, überlegten Vorgehens nur eine einseitige, unzweckmäßige, das heißt nicht gerechtfertigte Maßregel bezüglich des slovenischen Unterrichts, wenn damit nicht vielleicht eine Art Nationalitätengesetz in die Landesgesetzgebung eingeschmuggelt und das für nationalklericale Manöver manchmal unbequeme, aber gewiß sehr natürliche Recht der Eltern, die Nationalität ihrer Kinder zu bestimmen, verkümmert und escamotiert werden wollte.“

Aber selbst vom Standpunkte des Antragstellers ist das Gesetz ein vollkommen verfehltes, einerseits entschieden zu weit gehend und andererseits doch wieder nicht alles treffend, was consequent getroffen werden sollte. Wenn nemlich die Geburt in Krain als das entscheidende Kriterium hingestellt wird, so läßt sich doch nicht läugnen, daß in Krain auch Deutsche leben, deren Kinder gleichfalls Deutsche sind und denen gegenüber ein Vorgang, wie er im Gesetze beliebt wurde, doch im höchsten Grade ungerechtfertigt ist. Umgekehrt leben doch auch außerhalb Krain Slovenen und werden auch außerhalb Krain Kinder slovenischer Nationalität geboren, die vom Gesetze aber gar nicht getroffen werden, während nach den Intentionen der Antragsteller gerade auch für diese ein forcierter slovenischer Unterricht ganz am Platze sein müßte.

Nach den praktischen Erfahrungen der letzten Zeit ist gleichfalls nicht der geringste Grund für die Schaffung eines derartigen Gesetzes vorhanden, und es wurde diesfalls auch von den Antragstellern im Landtage nichts triftiges zutage gebracht. Thatsächlich besuchten z. B. im Jahre 1874 an der Realschule 149 Schüler des slovenischen Unterrichts, während im ganzen nur 145 Schüler slovenischer Nationalität an der Anstalt waren, also mehr als selbst nach dem so schlau ausgedachten Zwangsgesetze verpflichtet gewesen wären.

Dieses Gesetz ist weiter vom pädagogischen Gesichtspunkte nicht minder mangelhaft und verwerflich. In Wirklichkeit reicht der Lehrstoff im slovenischen Unterrichte, der schon in der Volksschule zum größern Theile erschöpft wird, nicht entfernt aus, nun noch 7 bis 8

Jahre sachgemäß in einer Mittelschule behandelt zu werden, und bei den so vielfachen und großen Anforderungen, die an die Jugend gestellt werden, ist es doch weit besser und gerechtfertigter nach vollständiger, vielleicht sogar wiederholter Bewältigung des slovenischen Lehrstoffes, die erübrigte Zeit ändern und neuen Gegenständen zur Verfügung zu stellen, als immer wieder altes, längst bekanntes im slovenischen Unterrichte wiederholen zu lassen.

Zu alledem muß man bedenken, daß die Gemeinde zu den gesammten Kosten für die Realschule die Hälfte beiträgt, also mit dem Lande zu gleichen Theilen concurrenziert; unter solchen Umständen wäre es, wenn schon keine Verpflichtung im streng bindenden Sinne, so doch sicherlich ein Gebot des gewöhnlichen Anstandes, der einfachsten Billigkeit gewesen, die Gemeinde vor der Entscheidung über ein so wichtiges, die Prosperität einer Anstalt, an der sie ein so vielfaches Interesse hat, sehr bedeutend berührendes Gesetz, um ihre Meinung zu hören. Ist doch sogar bei den Volksschulen allen, welche zu ihrer Erhaltung beitragen, das Recht des Mitsprechens gewahrt, während man hier der Vertretung der Landeshauptstadt gegenüber, welche die Hälfte aller Ausgaben bestreitet, es nicht der Mühe werth fand, ihr Gelegenheit zu geben, vor der Beschlussfassung über das Gesetz ihre Anschauung zum Ausdruck zu bringen.

Dies sind in Kürze die wichtigsten Motive, welche die Gemeinde veranlassen müssen, im vorliegenden Falle ihre Stimme zu erheben, von dem ihr zustehenden Petitionsrechte Gebrauch zu machen und gegen die Sanctionierung dieses Landesgesetzes zu stimmen.“

Wie bereits bekannt, wurde der Antrag Schaffer mit großer Majorität angenommen. —

Wir erachten es nicht als überflüssig, heute nochmals auf den Schlusatz des vom Herrn Gemeinderathe und Präsidenten der krainer Handels- und Gewerbekammer, A. Dreo, abgegebenen Botums hinzuweisen. Derselbe lautet: „Ich würde die Einführung der slovenischen Sprache für die technischen Fächer als ein Unglück für die studierende Jugend erachten, nachdem dadurch die Grundbedingung ihrer Existenz, eine umfassende technische Bildung, unmöglich würde.“

Aus dem Sanitätsberichte des laibacher Stadtphysikates

für den Monat März 1875

entnehmen wir folgendes:

I. Meteorologische Luftdruck: Monatmittel 737.41 mm., höchster Stand 8. März 747.88 mm., niedrigster Stand 2. März 726.07 mm.

Lufttemperatur: Monatmittel — 0.42 ° C., höchster Stand am 31. März + 10.9 ° C., niedrigster Stand am 7. März — 15.0 ° C.

Dunstdruck: Monatmittel 3.61 mm., höchster Stand am 10. März 6.2 mm., niedrigster Stand am 6. und 7. März 1.4 mm.

Feuchtigkeit: Monatmittel 81.54 pZt., geringste am 17. März 4.3 pZt.

Bewölkung: Monatmittel 5.1 pZt., wolkenlose Tage 11, theilweise bewölkt 11, ganz bewölkt 9 Tage.

Niederschlag in Summe in 6 Tagen 17.80 mm. Maximum des Niederschlages am 12. März 5.00 mm. Im Monate fanden statt: 3 Morgennebel, 1 Morgenroth, 1 Abendroth, einmal Alpenglühen, 6 Schneetage; vorherrschend waren die Winde O., NW. und SO. Das Tagesmittel war mit Ausnahme des 10. März stets unter dem Normale, am 10. März, doch nur um 0.6 °, über dem Normale.

II. Morbidität. Dieselbe war in diesem Monate noch immer eine bedeutende. Vorherrschend waren entzündliche Zustände der Respirationsorgane, Diphtheritis und Verschlimmerungen der Tuberculose. Vereinzelt Scharlach, Croup, acuter Gelenkrheumatismus, Erysipile und Keuchhusten.

III. Mortalität. Es starben 89 Personen (gegen 107 im Vormonate Februar 1875 und gegen 122 im März 1874), daher die Mortalität in entschiedener Abnahme sich befindet. Unter den Verstorbenen befanden sich 48 Männer und 41 Weiber, 50 Erwachsene und 39 Kinder, daher das männliche Geschlecht und die Erwachsenen überwiegend an der Sterblichkeit participierten.

Das Alter betreffend wurden todtgeboren 2, im ersten Lebensjahre starben 14 Kinder, vom 2. bis 14. Jahre 23 Personen,

14.	20.	3	„
20.	30.	7	„
30.	40.	10	„
40.	50.	6	„
50.	60.	7	„
60.	70.	7	„
70.	80.	7	„
80.	90.	2	„
mit 105 Jahren		1	„

Summe . . . 89 Personen.

Die Todesursache, nach den Altersklassen betreffend:

Im ersten Lebensjahre starben 14 Kinder, und zwar an Fräusen 7, an Lebensschwäche 2, am Keuchhusten, Wasserkopf, Lungenentzündung, organischem Herzfehler und Lungenatelektasie je 1 Kind;

vom 2. bis 20. Jahre starben 26 Personen, und zwar an Diphtheritis 15 (1 Scharlachbräune), Tuberculose 3, Keuchhusten und Wasserlopf je 3, Fraisen, Zehrfieber, Erschöpfung und Lungenentzündung je 1 Person; vom 20. bis 60. Jahre starben 30 Personen, und zwar an Tuberculose 7, an Erschöpfung 5, an Lungenblutsturz 3, an Zehrfieber, Lungenentzündung, Darmtuberculose und perforierendem Magengeschwür je 2, an Rückenmarkslähmung, Epilepsie, Herzlähmung, organischem Herzfehler, Hirnhautentzündung, Lungenlähmung und sterbend überbracht je 1 Person;

über 60 Jahre alt, starben 17 Personen, und zwar an Marasmus und Herzlähmung je 3, an Lungenlähmung und sterbend überbracht je 2, an Gebärmutterkrebs, Bright'scher Krankheit, Tuberculose, Wassersucht, Leberentzündung, Entartung der Unterleibsorgane und Gehirnlähmung (mit 105 Jahren) je 1 Person.

Häufigste Todesursachen: Diphtheritis 15mal (im Vormonate 13mal), d. i. 16.9 pZt., Tuberculose 13mal, d. i. 14.7 pZt., Fraisen 5mal, d. i. 8.9 pZt., Erschöpfung 6mal, d. i. 6.8 pZt., Lungenentzündung 4mal, d. i. 4.5 pZt. aller Verstorbenen.

Der Vertlichkeit nach starben im Civilspitale 22 Personen, im Elisabeth-Kinderspitale 2 Kinder, im städtischen Armenversorgungshause 5 Pfründner, im landwirtschaftlichen Zwangsarbeitshause 1 Zwängling, im k. k. Strafhaufe 1 Sträfling, in der Stadt und den Vorstädten 58 Personen.

Letztere vertheilen sich, wie folgt: Innere Stadt 17, St. Petersthorstadt 15, Polanavorstadt 2, Kapuzinerstovorstadt 9, Gradischavorstadt 5, Krakau- und Tirnavorstadt 6, Karlstädtervorstadt und Hühnerdorf 3, Moorgrund 1.

(Zur ewigen Ruhe.) Nachdem der Leichnam der am 29. v. M. in Laibach verstorbenen Frau Franziska v. Rosenbaum, geborne Benoit de Limonet, k. k. Oberstlieutenantswitwe und Großmutter der Frau Gabriele Edlen v. Widmann, Gemalin des Herrn Landesregierungsleiters in Krain und k. k. Hofrathes Bohuslav Ritter v. Widmann, auf dem Paradebette in den prachtvoll decorierten Apartments des Landhauses durch zwei Tage ausgestellt war, erfolgte gestern nachmittags um 5 Uhr im Sterbehause nach Abtönung des Trauerliedes vonseite des Gesangsvereines der philharmonischen Gesellschaft die kirchliche Einsegnung der Leiche. Der von der Leichenbestattungsanstalt Doberlet geordnete Leichenzug setzte sich hierauf in Bewegung. Dem mit frischen Blumenkränzen geschmückten Sarge folgten der leidtragende Schwiegeronkel, Herr Landesregierungsleiter und k. k. Hofrath Bohuslav Ritter v. Widmann, die leidtragende Dienerschaft des Hauses, der Herr k. k. FML. Pirker v. Pirkeheim, der Herr Landeshauptmann Dr. Friedrich Ritter v. Kallenegger, der Herr Bürgermeister der Landeshauptstadt Laibach, k. k. Regierungsrath Anton Laschan, sämmtliche Herren Beamten der k. k. Landesregierung, Vertreter des hochwürdigen Domkapitels und des Landesadels, des k. k. Landeschul- und Sanitätsrathes, der verschiedenen k. k. Gerichts- und Finanzbehörden und Aemter, des Landesauschusses, der Handels- und Gewerbelammer, des Gemeinderathes, des Magistrates, der verschiedenen Anstalten und Corporationen, des k. k. Offizierscorps und eine lange Reihe Leidtragender aus allen Gesellschaftskreisen Laibachs.

(Bestlegelscheiben.) Der in unserer Stadt so beliebt gewordene vollstimmliche Sport des Kegelscheibens findet ein neues Feld seiner Thätigkeit in einem Bestlegelscheiben, welches der hiesige Krankenkennnterstützungs- und Versorgungsverein im Gasthausegarten des Herrn G. Auer „zum weißen Köstl“ veranstaltet. Dasselbe beginnt am Samstag den 5. Juni und dauert bis 21. Juni d. J. Der Zweck dieses wohlthätigen Vereines, Unterstützung kranker, sicher und erwerbsunfähiger Gewerbetreibender einerseits, andererseits die schön decorierten und reich ausgestatteten Bette, der schattige, beliebte Auer'sche Garten, das bekannte vortreffliche Bier, welches daselbst geschänkt wird, scheinen uns Vorbedingungen, die ein glänzendes Resultat dieses Unternehmens mit Bestimmtheit voraussehen lassen. Das Hauptmotiv aber zur Theilnahme an diesem Bestlegelscheiben scheint uns der bewährte Wohlthätigkeitsfuss der Bewohner Laibachs!

(Selbstmord.) Herr Nikolaus Cloetta, Besitzer der Villa Agnese nächst der Schießstätte in Laibach, hat sich infolge

des Falliments des Hauses Cloetta und Schwarz, bei welchem er große Verluste erlitt, in Triest erschossen.

(Aufgefundene Leiche.) Erst gestern früh wurde uns aus Radmannsdorf mitgetheilt, daß der Urlauber Kerstin aus Bresovitz nächst der Kronprinz Rudolfsbahn und dem Radmannsdorfer Friedhofe von Hirtenknaben todt aufgefunden wurde. Johann Kerstin hatte den linken Fuß und Arm gebrochen und erlitt an den linken Hüften und am Rücken bedeutende Quetschungen. Nach den gepflögten Erhebungen passierte Kerstin am 27. d. um 1 Uhr nachts die Bahn, wurde von der Locomotive des Zuges Nr. 2 erfasst, aber den Damm geschlendert und getödtet.

(Vom Central-Thierschuhvereine.) In der am 9. Mai 1875 stattgefundenen allgemeinen Versammlung der Vereinsmitglieder des grozer Thierschuhvereines wurde der statutenmäßig ausgeschiedene Präsident Herr Anton Schmidt, jub. k. k. Militär-Rechnungsrath, einstimmig wieder gewählt. An die Stelle der statutenmäßig ausgeschiedenen Ausschussmitglieder und ausgetretenen wurden die Herren Dr. Franz Ilwof, Professor an der der st. landsh. Oberrealschule, und Konst. Stöger, städt. Marktcommissär wieder, — die Ausschuss-Ersatzmänner Herren Wilhelm Neuffer, Handlungsbesitzer, Johann Manz, pens. k. k. Finanz-Rechnungsrath, und Ferd. Wallnöfer, jub. k. k. Oberfinanzrath, neu gewählt. Als Ersatzmänner wurden gewählt die Herren Jos. Sidrowsky, k. k. General i. R., Dr. Fried. Abt, pens. k. k. Militär-Medicamentenverwalter, W. Baron v. Kalchberg, k. k. Major i. R. und Maria Hennevoel, Edler von Ebenburg, k. k. Oberst i. R.

(Landschaftliches Theater.) Auch der gestrige — zweite — Theaterabend verlief recht angenehm. In der ersten Pice „Scheu vor dem Minister“ trat wieder Herr Friedberg (Scheu) in den Vordergrund, er wurde von Fr. Paulo (Helene) und Herrn Rasch (v. Bälw) wader unterstützt. — In der zweiten Pice „Der liebe Onkel“, einem an komischen Verwickelungs- und Verwechslungsscenen reichen Schwank von R. Kneisel, lernten wir in Fr. Raumann (Elise) eine junge, hübsche Schauspielerin und in Herrn Bauer (Nath Jorndoch) einen vorzüglichsten Charakterdarsteller kennen. Beide Stücke wurden recht lebhaft abgepielt; sämmtliche mitwirkende Kräfte (nebst den genannten auch Herr Weiß, Fr. Born und Frau Weiß) wurden mit lauten Beifallsbezeugungen und Hervorrufen ausgezeichnet. Das feinere Element mußten wir namentlich in der zweiten Pice vermissen.

(Wünsche und Beschwerden.) Wer am letztgelaufenen Sonntage Gelegenheit hatte, das überaus schnelle Dahinrollen unserer Privat- und gedungenen Equipagen zu bemerken, dem mag es als ein Wunder scheinen, daß infolge des in neuester Zeit in den belebtesten Straßen und Gassen Laibachs so übermäßig gepflegten Sports kein Menschenleben geschädigt wurde. Wir verneinen, dem allgemeinen Wunsche der Passanten gerechten Ausdruck zu geben, wenn wir den Koffelentern, mögen dieselben in Livrée oder Salenkleid auf dem Knischierbocke sitzen, von dem Einschlagen des Molto Allegro abrathen und denselben im Interesse der allgemeinen und körperlichen Sicherheit ein milderes, gefahrloses, moderates Tempo anempfehlen.

(Zur Kaiserreise.) Herr Anton Weiß, seinerzeit Kapellmeister des k. k. 7. Feldjäger-Bataillons und derzeit Stadtkapellmeister in Fiume, auch in hiesigen Kreisen bekannt, hat eine Musikpice, betitelt „Kronprinz Rudolf-Marsch“, componiert. Se. Majestät der Kaiser geruhten diese Composition gelegentlich des Allerhöchsten Aufenthaltes in Fiume aus den Händen des Compositors huldvollst entgegenzunehmen. Dieser Marsch erscheint für Pianoforte in Wien und für Militär- und Streichorchester in Fiume. Von letzteren wurden bereits 200 Partituren nach Wien und Böhmen versendet. Die Composition ist mit Doppelmelodien versehen und wird als eine sehr gelungene bezeichnet.

(Berichtigung.) In unserm gestrigen Rapport über die Versammlung der Creditinhaber der laibacher Filiale der steiermärkischen Escomptebank soll es an mehrere Stellen anstatt „benützten“ richtig lauten „benützbar“ Credite.

Schönst beachtenswerth

für alle Diejenigen, welche geneigt sind, auf eine solide und Erfolg versprechende Weise dem Glücke die Hand zu bieten, ist die im heutigen Blatte erschienene Annonce des Hauses Bottenwieser & Co. in Hamburg.

Laut einer in unserm heutigen Blatte erschienenen Annonce sind die Originallose der 268sten von der Regierung garantierten hamburger Geldlotterie durch das Bankhaus A. Goldsarb in Hamburg zu beziehen.

Als unterstützende Mitglieder der laibacher Feuerswehr

Table with names of members and their contributions to the fire department.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“) Debreczin, 31. Mai. Minister Tisza erstattete vor seinen Wählern den Rechenschaftsbericht. Er zählte die nothwendigen Reformarbeiten auf und betonte, daß Ungarn sich nicht von Oesterreich abschließen könne; er müsse die Revision des Handelsbündnisses auf Grund freundschaftlichen Ausgleiches mit Oesterreich vollziehen. Tisza wurde lebhaft acclamirt und sagte: Annahme eines Deputiertenmandats zu.

München, 31. Mai. Es verlautet, Pfarrer Schneider zu Stamsried werde zum Erzbischof von Bamberg ernannt.

Basel, 31. Mai. Die Bundesregierung beschloß, die Regierung von Bern aufzufordern, daß sie den Beschluß wegen Ausweisung der Geistlichen des Jura zurücknehme. Die berner Regierung dürfte recurriren.

Barcelona, 31. Mai. Die Carlisten wurden bei Balanguera geschlagen und mehrere Carlisendefes getödtet.

Bukarest, 31. Mai. Die außerordentliche Kammer-session wurde eröffnet. Die Thronrede betont die Nothwendigkeit einer auf Achtung der Verträge und Aufrechterhaltung der besten Beziehungen zu den Garantemächten basirten Politik.

Telegraphischer Wechselkurs

Table showing telegraphic exchange rates for various locations like London, Vienna, and others.

Wien, 31. Mai. 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlußkurse) Creditactien 233.50, 1860er Lose 111.75, 1864er Lose 111.75, österr. Rente in Papier 70.05, Staatsbahn 290.00, Nordbahn 197.00, 20-Frankenstücke 8.88 1/2, ungarische Creditactien 223.50, österr. Francobank 43.75, österr. Anleihe 131.10, Lombarden 121.75, Unionbank 110.10, austro-orientalische Bank 110.00, Kofidactien 44.20, austro-ottomanische Bank 169.50, Rusig.

Handel und Volkswirtschaftliches

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 4 der Statuten, dann auf Grund des Gesetzes vom 25. August 1868.) Veränderungen seit dem Wochenanweise vom 19. Mai 1875: Banknoten-Umlauf: 292,034,460 fl. Giro-Einzahlung: 1,518,380 fl. 8 kr.; einzahlende Bankanweisungen und andere fällige Passiva 1,516,509 fl. 60 kr. — Bedienung: Wechsel: 139,219,438 Gulden 17.5 kr. In Metall zahlbare Wechsel: 9,594,949 fl. 4 kr. Staatsnoten, welche der Bank gehören: 1,109,564 Gulden. Escompte: 118,493,964 fl. 46.5 kr. 31,898,300 fl. Eingelöste Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 282,933 fl. 91.5 kr.; fl. 4,394,100 eingelöste und befreit gemäßig angekauft Pfandbriefe à 66%. Verrent 2,929,400 fl. — Zusammen 303,028,549 fl. 59.5 kr. Am Schlusse des Monats lag zu begleichende Forderung der Bank aus der commissionären Besorgung des Hypothekar-Anweisungsgeschäftes (§ 62 der Statuten) 5,168,492 fl. 65 kr.

Theater.

Heute: „Ein Erfolg.“ Lustspiel in 4 Acten von Paul Lindau.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with meteorological data for Laibach, including temperature, wind, and precipitation.

In der Nacht Regen, morgens trübe, tagsüber windig, bröckelt, in Nord und Nordost schwarzes Gewölke, abends abnehmend Regen, nicht lange anhaltend. Das Tagesmittel der Wärme + 18.2°, um 1.3° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberger.

Börsenbericht.

Wien, 29. Mai. Nicht so sehr in gefallenem Curfen als in einer weit gehenden Geschäftsenthaltung manifestierte sich eine tiefe Verstimmung. Der Ursachen dieser letzteren wurden mancherlei angführt, ohne daß mit Bestimmtheit gesagt werden könnte, welche von ihnen die ausschlaggebende gewesen sei. Gewiß ist, daß der locale Markt durch die Katastrophe Ribarz entmuthigt wurde und daß die Nachrichten aus London, Newyork und Frankfurt nicht geeignet waren, die gemüthliche Geschäftslust zu heben.

Large table with financial data, including exchange rates, interest rates, and various market indicators.